

## Statement zum Kandidat-O-Mat:

"Ich stelle mich sehr gerne der politischen Debatte, ich scheue diese nicht. Im Gegenteil. Deshalb nehme ich auch an vielen Podiumsdiskussionen zur Oberbürgermeisterwahl teil. Politik lebt vom Austausch von Argumenten und lässt sich nicht auf einfache Antworten reduzieren. Aus folgenden Gründen habe ich deshalb nicht an der Umfrage zum Kandidat-O-Mat teilgenommen und meine Absage bereits am 7. März der [Landeszentrale für politische Bildung Freiburg](#) mitgeteilt:

Grundsätzlich stellt sich die Frage ob ein für Bundestags- und Landtagswahlen konzipiertes Instrument wie der Wahl-O-Mat überhaupt auf Persönlichkeitswahlen übertragbar ist. In meinen Augen ist dies nicht gegeben, da die Bewerberinnen und Bewerber nicht hinter Parteiprogrammen stehen wie das bei anderen Wahlen üblich ist, sondern bezogen auf die kommunalpolitische Situation ihre ganz persönliche Meinung vertreten.

Die persönliche Meinung und der kommunalpolitische Kontext in Freiburg sind erklärungsbedürftig. Der Kontext findet sich in den Fragen überhaupt nicht wieder. Zum Beispiel die Frage, ob man Investitionen oder Schuldenabbau bevorzugt, auf ein ja/nein/vielleicht zu reduzieren, wird der Sache in keiner Weise gerecht. So können beispielsweise Investitionen in die kommunale Infrastruktur während einer Niedrigzinsphase durchaus zu einem Schuldenabbau in der Gesamtbilanz führen. Man könnte nun natürlich versuchen, derartige Sachverhalte in seiner Erläuterung darzustellen, erfahrungsgemäß klicken sich die meisten Nutzerinnen und Nutzer aber nur durch die Fragen und lesen die Erläuterungen der Kandidatinnen und Kandidaten nur in den seltensten Fällen. Dies führt auch direkt zu unserem nächsten Punkt: Die Reduzierung von komplexer Politik auf ein Klickspiel lässt ein differenziertes Bild der Sachlage nicht zu. Die Auswahl ja/nein/vielleicht fördert in meinen Augen auch nicht das politische Verständnis der Teilnehmenden sondern trägt im schlechtesten Fall sogar zur Politikverdrossenheit bei, wenn sich die politische Realität eben nicht auf diese Dimension beschränken lässt.

Nicht zuletzt ist es auch der Inhalt der Fragen, der mich an einer Teilnahme zweifeln lässt, nicht nur, dass zentrale Diskussionspunkte der aktuellen kommunalpolitischen Debatte nicht vorkommen, die Fragen vermischen auch auf unzulässige Art und Weise politische Ebenen und fragen Themen ab, die überhaupt nicht in der Entscheidungsgewalt von Kommunen liegen."